„Kein Grund zur Hysterie“

Interview Corona hat auch die Arbeit des Bundestagsabgeordneten Stephan Stracke verändert. Warum er die Aufgaben des Parlaments in Notzeiten für besonders wichtig erachtet

VON RENATE MEIER

Die Fraktionsarbeit läuft inzwischen per Videokonferenz. Auf dem Foto spricht der Bundestagsabgeordnete Stephan Stracke von seinem Kaufbeurer Büro aus mit Fraktionsvorsitzendem Ralph Brinkhaus. Zu den Sitzungswochen fährt er allerdings nach wie vor nach Berlin – derzeit noch mit dem Auto. Foto: Mathias Wild

Ostallgäu/Berlin Auch in der Corona-Pandemie nimmt der Bundestag seine Aufgaben wahr. Allerdings wurden aufgrund einer Vereinbarung zwischen den Fraktionen die Sitzungstage in Berlin reduziert. Der auch fürs Ostallgäu zuständige Bundestagsabgeordnete Stephan Stracke – zugleich gesundheits- und sozialpolitischer Sprecher der CSU – berichtet im *AZ*-Interview, wie sich seine Arbeit verändert hat und wie er die Arbeit des Parlaments in Notzeiten bewertet.

Es gab Kritik, die Exekutive – also die Regierung – habe zu Beginn der Coronakrise das Heft in die Hand genommen, ohne das Parlament ausreichend miteinzubeziehen. Wie haben Sie das empfunden?

Stracke: Notzeiten sind zwar die Zeiten der Exekutive, weil sie schnell handeln kann. Notzeiten sind auch Stunde des Parlaments, weil wir die notwendigen gesetzgeberischen Grundlagen geschaffen haben.

Sie haben sich als Abgeordneter also nicht überrollt gefühlt?

Stracke: Es funktionierte nur deshalb, diese Fülle an Gesetzespaketen auf den Weg zu bringen, weil das Zusammenspiel zwischen Bundesregierung und Bundestag sehr gut ist, insbesondere auch in der Regierungskoalition. Wir Abgeordnete mussten uns in sehr rascher Geschwindigkeit mit einer durchaus anspruchsvollen Materie vertraut machen. Einiges, was auf dem Weg gebracht wurde, wie das Kurzarbeitergeld, hatten wir schon in der Finanzkrise 2008/2009, sodass wir einige Maßnahmen von damals im Prinzip wiederbelebt haben.

Aber das Infektionsschutzgesetz war ja ganz neu…

Stracke: Das ist richtig, im gesundheitspolitischen Bereich ist vieles neu. Wobei der Infektionsschutz Sache der Länder ist und wir nicht an vorderster Front stehen. Wir haben aber zum Beispiel Rettungsschirme für das Gesundheitssystem gebaut. Die große Herausforderung war es, die notwendigen Intensivbetten mit Beatmungsgeräten bereitzustellen.

Warum Sie als gesundheits- und sozialpolitischer Sprecher besonders gefordert?

Stracke: So ist es. Aufgabe war es, die negativen Auswirkungen auf alle unsere Lebensbereiche zu begrenzen. Die dafür nötigen Gesetzespakete sind in Umfang und von der Geschwindigkeit der Umsetzung her beispiellos in der Geschichte der Bundesrepublik. Die Rettungsschirme gegen die Corona-Krise haben ein Volumen von 1,4 Billionen Euro. Es ist wirklich gewaltig, was da in so kurzer Zeit bewegt wird.

Werden die Berliner Abgeordneten ärztlich regelmäßig auf Corona getestet?

Stracke: Nein, das liegt alles in der Verantwortung des Einzelnen. Wir haben eine Parlamentsärztin, an die wir uns im Zweifelsfall wenden. Sie kann auch Tests machen. Wenn bei jemandem Quarantäne angeordnet werden müsste oder gar ein Test positiv ausfallen würde, müsste derjenige in Berlin bleiben und dürfte dann auch nicht in den Wahlkreis zurück.

Gibt es neben Corona weitere Themen, mit denen sich der Bundestag gerade befasst?

Stracke: Das geht jetzt wieder mehr in die Breite. Zwei Sitzungswochen liefen vor allem unter dem Gesichtspunkt Pandemie. Jetzt kommt immer mehr Normalität in den parlamentarischen Ablauf hinein.

Und in Ihrem Wahlkreis?

Stracke: Der schriftliche Verkehr hat sich vervielfacht. Es gab am Anfang vor allem viele Hilfegesuche. Und jetzt geht es immer häufiger um die kritische Hinterfragung der Maßnahmen von Bürgern. Es sind sehr viele Fragen da. Deswegen müssen wir jetzt auch viel aufklären.

Haben Sie Verständnis dafür?

Stracke: Natürlich sind die Einschränkungen von Freiheitsrechten für eine Demokratie ein Gräus. Der Drang zur Freiheit vergeht auch nie. Dennoch war der Zwang ja nie willkürlich, sondern immer mit Augenmaß und an der Verhältnismäßigkeit orientiert und vor allem auch befristet. Das vereinzelt schon hysterische Beschreien von dauerhaften Freiheitsverlusten ist jetzt auch nicht geboten.

Wie meinen Sie das konkret?

Stracke: Wir beerdigen nicht die liberale Demokratie und stehen auch nicht mit einem Fuß schon im Totalitarismus. Das Virus ist einfach nicht gerecht. Notwendig war, dass wir abwägen zwischen Grundrechten. Es fiel letztlich zugunsten von Gesundheit und Leben aus.

Und in Zukunft?

Stracke: Es ist immer die Aufgabe des Parlaments und damit von uns Abgeordneten, den Regierungen auf die Finger zu schauen, um zu sehen, ist das jetzt noch alles notwendig oder nicht. Es wird weiterhin alles abgewogen, wir fahren da ein stückweit auf Sicht und sehen, welche Wirkungen Lockerungsmaßnahmen haben. Dabei ist Abstand der neue Alltag. Diese Mindestabstände scheinen mir das Allerwichtigste zu sein. Und dass jeder sich seiner Verantwortung bewusst bleibt, für sich und auch den anderen.

Wie arbeiten Sie innerhalb der Fraktion?

Stracke: Da hat sich die Arbeitsweise geändert. Wir treffen uns derzeit nur über Video-Konferenzen, auch in der Landesgruppe und in den Arbeitsgruppen.

Und wie funktioniert das?

Stracke: Wenn alle diszipliniert sind, funktioniert es gut. Aber auf Dauer fehlt die Interaktion, die Stimmungen werden durch Videokonferenzen nicht so wirklich erzeugt und wahrgenommen.

Gibt es schon einen Plan, zur Normalität zurückzukehren?

Stracke: Wir sind am Überlegen, welche großen Räume wir künftig in der Fraktion oder der Landesgruppe nutzen könnten. Der Drang, auch in der alten Form wieder zu sehen, ist da. Gleichzeitig wird sich die Videokonferenz als praktisches Format stärker etablieren.